Erscheint täglich
früh 6½ Uhr.

Redaction und Expedition
Johannesgasse 8.
Sprechstunden der Redaction:
Vormittags 10—12 Uhr.
Nachmittags 5—6 Uhr.
Für die Rückgabe eingesandter Manuscripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.

Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis ½9 Uhr.

In den Filialen für Ins.-Annahme:
Otto Klemm, Universitätsstraße 1,
Louis Lösche, Katharinenstr. 23, p.
nur bis ½3 Uhr.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Auflage 19,000.
Abonnementspreis viertelj. 4½ Mk.
incl. Bringerlohn 5 Mk., durch die Post bezogen 6 Mk. Jede einzelne Nummer 20 Pf.
Belegexemplar 10 Pf.
Gebühren für Extrabeilagen
(in Tageblatt-Format gefalzt)
ohne Postbeförderung 39 Mk.
mit Postbeförderung 48 Mk.

Inserate 6gespaltene Petitzeile 20 Pf.
Größere Schriften laut unr. Preisverzeichniß.
Tabellarischer u. Ziffernsatz nach höherem Tarif.
Reclamen
unter dem Redactionsstrich die 4gespalt. Zeile 50 Pf., vor den Familiennachrichten die 6gespaltene Zeile 40 Pf.
Inserate sind stets an die Expedition zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben.
Zahlung praenumerando oder durch Postnachnahme.

№ 294. Mittwoch den 21. October 1885. 79. Jahrgang.

Amtlicher Theil.

Verpachtung der Restauration in der neuen Börse zu Leipzig.

Zum 1. Juli 1886 — auf Wunsch auch zu einem etwas früheren Zeitpuncte — soll die Restauration in der neuen Börse zu Leipzig, und zwar zunächst auf 6 Jahre, verpachtet werden. Dieselbe besteht aus den gewölbten Kellerräumen, von welchen die zur Aufnahme von Gästen bestimmten Räume rund 1000qm, die Wirthschaftsräume — angerechnet Treppen, Gänge u. s. w. — rund 350qm umfassen. Außerdem wird dem Wirthe die Verpflegung der Gäste der im Erdgeschoß befindlichen Lesehalle zufallen.

Die Wohnung für den Wirth liegt im Obergeschoß; dieselbe besteht aus 6 Zimmern und umfaßt 165qm; nöthigenfalls können noch 1 bis 2 Räume im Obergeschoß dazu gegeben werden.

Die Einführung elektrischer Beleuchtung, sowie die Beschaffung des erforderlichen Mobiliars bleibt der Vereinbarung vorbehalten.

Die näheren Bedingungen sind auf unserem Bureau einzusehen; daselbst liegen auch die Pläne aus. Abschriften sind auf Wunsch gegen Erstattung der Verlage zu haben.

Pachtlustige werden ersucht, ihre Gebote

bis zum 2. November d. J.

schriftlich bei dem Bureau der Handelskammer, Neumarkt 38, I., einzureichen.

Leipzig, den 13. October 1885.

Die Handelskammer.
Wachsmuth, Vors. Dr. Gensel, S.

Bekanntmachung.

Auf Anordnung des Königl. Ministerium des Innern sollen die Concurrenz-Entwürfe zum Neubau einer Kunstgewerbeschule ꝛc. zu Leipzig, in der Zeit vom 21. bis mit 28. October öffentlich ausgestellt werden. Die Ausstellung findet in der hierzu vom Rathe der Stadt Leipzig überlassenen Aula und dem Zeichen-Saale der neuen achten Bezirksschule an der Südstraße während der Stunden von früh 10 Uhr bis Nachmittag 4 Uhr statt, und erfolgt der Anlegung nach den Ausstellungs-Räumen durch die zunächst der Südstraße gelegene Eingangsthür.

Königl. Landbauamt Leipzig, am 17. October 1885.
Rauck, Landbaumeister.

Auction.

Donnerstag, den 22. October 1885,
Nachmittags 2 Uhr,
gelangt in der Restauration zum Rustkeller zu Reudnitz
1 Rollwagen und 1 größere Partie Möbel
an den Meistbietenden gegen sofortige Baarzahlung öffentlich zur Versteigerung.

Leipzig, den 19. October 1885.

Der Gerichtsvollzieher beim Königlichen Amtsgericht daselbst.

Bekanntmachung.

Der Musikdirector Hartenstein aus Sondershausen soll in einer hier schwebenden Untersuchungssache als Zeuge vernommen werden. Es wird um Mittheilung des Aufenthaltes desselben ersucht.
T. B. I. No. 16734/85.

Coblenz, den 17. October 1885.

Königliche Staatsanwaltschaft.

Nichtamtlicher Theil.

Zur Balkanfrage.

Das erlösende Wort, welches so lange bei den Berathungen der Mächte über die Verhältnisse auf der Balkanhalbinsel vermißt wurde: „die Wiederherstellung des status quo", jetzt ist es endlich gefallen. Rußland hat allen Ernstes in der Botschafterconferenz die Wiederherstellung des status quo angeregt und die türkische Regierung hat demzufolge in ihrer Antwort auf die Erklärung der Botschafter vom 14. October die Mächte ersucht, den Fürsten von Bulgarien zur Rückkehr nach Sofia aufzufordern. Was die Lösung der vorhandenen Schwierigkeiten hauptsächlich verhinderte, war die überall auf der Balkanhalbinsel, die Türkei nicht ausgenommen, herrschende Ueberzeugung, daß Rußlands Politik in der ostrumelischen Frage nicht aufrichtig sei und daß es nur nach einem Vorwande suche, um sich zum Schaden der Türkei einzumischen. In diesem Sinne wurde der Empfang der bulgarischen Deputation in Fredensborg und die halbamtlichen Kundgebungen im „Journal de St. Pétersbourg" gedeutet. Nicht minder bedenklich erschien die Haltung Oesterreich-Ungarns, welche durch die Begünstigung der serbischen Wünsche und durch geheime eigene Pläne bestimmt zu werden schien. Es konnte nicht fehlen, daß die Antwort Tisza's auf die Interpellationen im ungarischen Abgeordnetenhause, welche bekanntlich die eventuelle Handlungsfreiheit Oesterreichs auf der Balkanhalbinsel verkündete, im Sinne eines Vormarsches nach Salonichi gedeutet wurde. Es hat längerer Verhandlungen zwischen den Mächten bedurft, um volle Klarheit in die Lage hineinzubringen und alle Hintergedanken zu beseitigen. Rußland ist in dieser Beziehung mit gutem Beispiel vorangegangen und hat dem englischen Antrage auf Wiederherstellung des status quo beigestimmt. Damit war die Bahn gebrochen, auf welcher Oesterreich folgen mußte, und damit war auch den kleinen Balkanstaaten Serbien und Griechenland die Möglichkeit verschlossen, Compensationen geltend zu machen. Das verhängnißvolle Wort von der Herstellung des Gleichgewichts auf der Balkanhalbinsel war auf diese Weise beseitigt, das Gleichgewicht war vorhanden, sobald die bulgarische Union rückgängig gemacht wurde. Dieser Wahrnehmung hat man sich in St. Petersburg und Wien nicht verschlossen, und dadurch allein konnten Serbien und Griechenland in Schranken gehalten werden. Sobald Rußland und Oesterreich sich ihre Freiheit, zu handeln, vorbehielten, hatten sie gut Rathschläge an Serbien und Griechenland ertheilen; diese Staaten konnten sich mit Erfolg auf den Standpunct des passiven Widerstandes stellen und im Vertrauen auf die gleichartigen Absichten Rußlands und Oesterreichs im Trüben fischen. Es hat lange gedauert, bis die Mächte sich zur vollen Klarheit der Sachlage durchgerungen haben, vom 18. September bis zum 14. October; heute ist die Klarheit aber erreicht und der Erfolg ist die Aufrechthaltung des Friedens auf der Balkanhalbinsel.

Wie sich dieser Umschwung vollzogen hat, wird erst nach und nach zur öffentlichen Kenntniß gelangen, aber es besteht kein Zweifel, daß die deutsche Politik die Ursache desselben ist. Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" war es, welche zuerst auf die Wichtigkeit der Uebereinstimmung der Mächte über die fortdauernde Geltung des Berliner Vertrages aufmerksam machte, welche in den Erklärungen der Türkei, des Kaisers von Rußland und des Ministers Tisza zu Tage getreten war. Sollte der Berliner Friede aber in Kraft bleiben, so mußte man aber auch auf die Wiederherstellung des status quo als die unvermeidliche Consequenz kommen. Das mag Rußland schwer genug geworden sein, denn diese Macht hat niemals daraus ein Hehl gemacht, daß ihr die Vereinigung Bulgariens und Ostrumeliens angenehm ist, natürlich, weil dadurch einer der Hauptpuncte des Friedens von San Stefano verwirklicht worden wäre. Das war aber gerade der Zweck des Berliner Friedens, so grundstürzende Umgestaltungen der Verhältnisse auf der Balkanhalbinsel zu verhindern.

Die Türkei war in dem Glauben befangen, daß Deutschland, Rußland und Oesterreich über die Aufrechthaltung der bulgarischen Union einverstanden seien und danach rochtete sie ihr Verhalten ein, nun wurde ihr aber am 14. October durch die Botschaftererklärung der Beweis geliefert, daß dieser Glaube ein Wahn gewesen, und daher ihre Freude. Die Stelle in der Botschaftererklärung, welche den Fürsten von Bulgarien und die Regierung in Philippopel auffordert, zur Ordnung zurückzukehren, war wirklich in dem Sinne der Wiederherstellung des status quo aufzufassen, daher die Freude der türkischen Regierung über die Erklärung, die sonst nicht zu verstehen gewesen wäre. Aber die Erklärung hat nur eine vorläufige Bedeutung; die Beschlüsse über weitere Maßnahmen sollen erst von einer nach Konstantinopel zu berufenden Conferenz gefaßt werden. Die Einladungen zu dieser werden von der Türkei erlassen und den Vorsitz in derselben wird Said Pascha, der neue Minister des Auswärtigen, führen. Um keinen Zweifel über die Absichten der türkischen Regierung über Das, was sie von dieser Conferenz erwartet, zu lassen, hat sie auf die Erklärung der Botschafter mit dem Gesuch geantwortet, daß die Mächte den Fürsten von Bulgarien zur Rückkehr nach Sofia, also mit anderen Worten zum Verzicht auf die Herrschaft über Ostrumelien auffordern mögen. Und die Mächte sind darüber einverstanden, daß der Zweck der Conferenz die Wiederherstellung des status quo auf der Balkanhalbinsel sein muß.

In sehr wirksamer und einleuchtender Form hat die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" die Lächerlichkeit der serbischen und griechischen Anmaßung, den europäischen Frieden zu stören, klargestellt. Sie greift auf die Denkschrift der Botschafter zurück, in welcher gesagt ist, daß dem Ehrgeiz einzelner Stämme auf der Balkanhalbinsel nicht die Befugniß eingeräumt werden könne, den Frieden der großen Mächte nach Belieben in Gefahr zu bringen, indem sie unter einander oder mit der Türkei Händel anfangen und dabei entweder mit oder ohne Absicht außer Acht lassen, daß die Folgen ihrer selbstsüchtigen und kurzsichtigen Politik die Großmächte nöthigen könnten, in den Streit einzugreifen und ihren sonst so sorgsam behüteten Frieden zu stören. Dann führt aber das halbamtliche Organ den Hauptschlag gegen die kleinen Balkanstaaten durch Betonung des Mißverhältnisses, in welchem die durch die Großmächte repräsentirten 300 Millionen zu den 6 Millionen Griechen, Serben und Bulgaren einschließlich Ostrumelien stehen.

Es ist allerdings selbstverständlich, daß, wenn die 300 Millionen über Aufrechthaltung des Friedens einig sind, ein Wort genügen muß, um die Handvoll Serben, Griechen und Bulgaren zur Pflicht zurückzuführen. Es liegt in dieser Auseinandersetzung eine scharfe Kritik des bisherigen schwankenden Verhaltens einiger Großmächte, welche den Ausspruch des erlösenden Wortes so lange verzögert haben. Was hätte denn gehindert, zwei Tage nach der Vereinigung von Bulgarien und Ostrumelien eine Collectivnote der Mächte nach Philippopel und Sofia zu richten, in welcher die Wiederherstellung des status quo verlangt wurde? Um einen solchen Schritt zu ermöglichen, bedurfte es aber der Verhandlungen von fast einem Monat, Beweis genug, daß das gerühmte Einvernehmen der Mächte über die Behandlung der Krisis auf der Balkanhalbinsel ursprünglich nicht vorhanden war, sondern erst allmälig gewonnen worden ist. Mag dem sein wie ihm wolle, jedenfalls ist es hocherfreulich, daß es gelungen ist, die Einigkeit wenigstens nachträglich herzustellen. Der Berliner Friede schien am 18. September ein werthloses Stück Papier, mit welchem jeder Bulgare, Serbe oder Grieche nach Belieben seinen Unfug treiben konnte; heute ist es offenkundig, daß der Hauptverfasser des Berliner Friedens den Willen und die Kraft hat, ihn aufrecht zu halten und wenn dadurch auch Lieblingswünsche mancher Großmacht im Busen Derer, die ihn hegen, verschlossen bleiben müssen. Die Türkei ist heute die Beherrscherin der Lage auf der Balkanhalbinsel unter der Zustimmung der Unterzeichner des Berliner Vertrages, wahrlich ein großer Erfolg der Politik des Fürsten Bismarck. *

Leipzig, 21. October 1885.

* Man schreibt uns aus Berlin: „Wenn neuerdings mit großer Bestimmtheit der 20. November als der Termin für die Einberufung des Reichstages bezeichnet wird, so können wir dem gegenüber nur unsere bestimmte Versicherung wiederholen, daß in dieser Beziehung noch keine Festsetzung getroffen ist. Aber, wie wir bereits ausgeführt, richtig ist es, daß der Beginn der parlamentarischen Campagne im Anfang der zweiten Hälfte des nächsten Monats zu erwarten steht; ob dies einen Tag früher oder später der Fall sein wird, darüber erscheint uns der Streit um so müßiger, als bereits die nächsten Tage die amtliche Bekanntmachung bringen werden. — Völlig aus der Luft gegriffen ist die andere Meldung, daß der Zusammentritt des preußischen Landtages bereits für den 11. December — wenige Tage vor den Weihnachtsferien — in Aussicht genommen sei. Ueber die Einberufung des Landtages haben noch nicht einmal Berathungen stattgefunden. Es ist höchst wahrscheinlich, daß der Landtag auch für die neue Session erst Mitte Januar berufen wird. Dies wenige Tage vor dem Weihnachtsfest zu veranlassen, hätte praktisch nichts für sich, würde aber dem Reichstage das Arbeiten unnöthiger Weise erschweren und ihm von der knappen ihm zur Verfügung gestellten Zeit noch ein gut Theil rauben, wo die parlamentarische Bedrängniß sich am empfindlichsten fühlbar machen würde. — Je näher übrigens der Beginn der Parlamentssaison rückt, um so lebhafter gestaltet sich die Wahlbewegung wie im ganzen Lande, so auch in Berlin. Im zweiten Berliner Wahlkreise hat Professor Gneist die ihm von der nationalliberalen Partei angebotene Candidatur angenommen, und wie sehr diese Candidatur von fortschrittlicher Seite gefürchtet wird, zeigt sich am besten daraus, daß man es für gut befunden hat, Herrn Dr. Straßmann zu verabschieden, wogegen Herr Eugen Richter sich selbst Herrn Gneist entgegenstellt. Herr Richter hat denn auch seit längerer Zeit wieder zum ersten Male in Berlin, und zwar vor den fortschrittlichen Wählern des zweiten Wahlkreises, das Wort genommen. Gegen Herrn Gneist wußte Herr Richter selbst in der Agitationsrede nichts weiter vorzubringen, als daß er sich zur gemäßigt liberalen Partei zähle und im Uebrigen eine Reminiscenz aus der sogenannten Conflictsperiode, aus einer Zeit, welche wir völlig verwunden zu haben glaubten und in welcher Herrn Gneist — damals war Herr Richter noch ein recht unbekannter Mann — wegen seines Verhaltens gerade von den Gesinnungsgenossen des Herrn Richter der vollste Beifall gezollt wurde. Während Herr Gneist seit dem Jahre 1863 recht viel gelernt und vieles vergessen hat, steht Herr Richter noch auf dem „Conflictsstandpuncte", als ob die Jahre 1866 und 1870 gar keine Bedeutung gehabt, als ob nicht doch die Macht- und Weltstellung Preußens und Deutschlands eine andere geworden wären als vor einem Vierteljahrhundert. Herr Gneist hat es vorgezogen, sich „dienend dem großen Ganzen" anzuschließen, während Herrn Richter's ganzer Ehrgeiz darauf gerichtet bleibt, zu herrschen, wenn auch sonst Niemand damit gedient sein mag. Mag der Staat, mag das Reich noch so sehr darunter leiden — wenn nur das „Princip" gerettet ist, wenn nur die Fraction erhalten bleibt. Uebrigens ist anzuerkennen, daß Herrn Richter's jüngste Rede von Ausfällen gegen den Reichskanzler frei war, daß sie überhaupt, soweit dies Herrn Richter's Temperament zuläßt, sich im Vergleich zu früheren Wahlreden als gemäßigter charakterisiren läßt. — Wie der Ausfall der Wahlen in Berlin sein wird, läßt sich schlechthin heute noch nicht absehen. Die statistisch erwiesene Thatsache, daß gerade der größte Theil der gemäßigt liberalen und gemäßigt conservativen Bürger von der Heiligkeit der Wahlpflicht ganz und gar nicht durchdrungen ist und dieses Staatsbürgerrecht vernachlässigt, macht jede Voraussberechnung zu Schanden. Die extremen Elemente, die Fortschrittler und Antisemiten, leisten auch diesmal in der Agitation das Aeußerste, und es muß berücksichtigt werden, daß die Nationalliberalen in der Reichshauptstadt zum ersten Mal bei den Wahlen auf den Plan treten, und daß ihnen die Uebung, die Routine, welche nicht unterschätzt werden darf, völlig abgehen, daß sie zudem gewisse Mittel, der vornehmeren Natur ihrer Anhänger entsprechend, jederzeit verschmähen werden. Aber der Werth des Auftretens der Mittelpartei hat weit mehr als locale Bedeutung, es ist ein Beispiel für ganz Deutschland. Die Ueberzeugung bricht sich immer mehr Bahn, daß für die gedeihliche Entwickelung und Consolidirung der Verhältnisse eine größere Ruhe erforderlich ist, daß die Extreme, der Radicalismus von rechts und links mehr zurücktreten, daß alle staatserhaltenden Kräfte sich dazu die Hand reichen müssen. Darum muß der Culturkampf „versumpfen", darum darf unter keiner Firma ein Rassenkampf toben, von Antisemitismus die Rede sein, darum ist die Durchführung specieller, wenn auch an sich vielleicht berechtigter Wünsche und Forderungen zunächst zu vertagen, und alle monarchisch und national gesinnten Elemente haben sich zusammenzuschließen, um gegenüber dem Umsturz und der Unterwühlung der Grundlagen von Staat und Gesellschaft, um den Gefahren gegenüber, welche dem jungen Reiche drohen, eine feste Phalanx entgegenzustellen. Diese kann nur in einer Mittelpartei dargeboten werden, und die Anregung nicht nur, sondern den Anfang zur Bildung derselben gemacht zu haben, ist ein großes Verdienst der Reichshauptstadt und der Männer, welche den Muth dazu gehabt und bethätigt haben."

* Die „Nationalliberale Correspondenz" schreibt zur Parteilage: „Die „Post" ist verstimmt, daß in einzelnen preußischen Wahlkreisen die Dinge nicht ganz den von ihr gewünschten Verlauf nehmen, und glaubt Ursache zu haben, den Nationalliberalen darüber Vorwürfe zu machen. Die „Post" weiß recht gut, daß in vielen Wahlkreisen die Wahldispositionen sich nach ganz localen und persönlichen Verhältnissen ohne irgend welches Zuthun der Parteileitung und oft auch ohne Rücksicht auf die politische Gesammtsituation vollziehen, und solche einzelne Vorkommnisse dürfen dann auch nicht zur Kennzeichnung der Stellung der Parteien im Allgemeinen ausgebeutet werden. Im großen Ganzen ist zwischen den beiden gemäßigten Richtungen bei diesen Wahlvorbereitungen ein so weitgehendes Einvernehmen, wie nie zuvor, erzielt worden, und daran können einzelne Vorgänge, die im Widerspruch mit der Gesammtaufstellung zu stehen scheinen, nichts ändern. Solche Vorgänge wären vielleicht überall vermieden worden, wenn die freiconservative Partei sich noch schärfer von der hochconservativen Rechten losgesagt hätte. Aber aus Schonung für einen freiconservativen Mandatsinhaber überall noch einen hochconservativen mit in Kauf zu nehmen, kann den Nationalliberalen auch nicht zugemuthet werden. Wir könnten der freiconservativen Partei z. B. auch einen Vorwurf daraus machen, daß in Kassel gegen den Abg. Enneccerus ein freiconservativer Candidat auftritt. Was speciell den Fall in Halle betrifft, der im Mittelpunct der Recriminationen der „Post" steht, so darf doch nicht übersehen werden, daß das dort zu Stande gekommene Compromiß lediglich die Sanction des bestehenden Zustandes und daß der linksliberale Candidat, der bisherige Abgeordnete Spielberg, ein höchst gemäßigter Mann ist, der in wichtigen Fragen den Nationalliberalen sehr nahe steht, der deutschfreisinnigen Fraction nicht angehört und den aus seinem Besitz zu drängen, für die Nationalliberalen kein Anlaß vorlag. Etwas anderes wäre es, wenn hier die Freiconservativen im Besitzstand wären. Wir wiederholen, die freiconservative Partei und Presse möge nicht einzelne locale Vorkommnisse verallgemeinern und daraus Schlüsse ziehen, die mit der Gesammtsituation, wie sie sich in der gegenwärtigen Wahlbewegung darstellt und hoffentlich auch weiterhin bei der praktischen gesetzgeberischen Arbeit aufrecht erhalten wird, in Widerspruch stehen."

* In einer am letzten Sonnabend in Berlin gehaltenen Rede hat der conservative Abg. Professor Adolf Wagner sich entschieden tadelnd über den conservativen Einbruch in Hannover ausgesprochen und denselben für ein großes Unrecht erklärt. Seiner Partei rief er u. A. auch zu, ein Zusammengehen mit dem Centrum sei nicht möglich, so lange dasselbe von dem Welfen Windthorst geleitet werde. Die Conservativen müßten nationale und nicht katholische Politik machen. Was sagt die „Kreuzzeitung" dazu?

* In Folge der Nachricht, daß dem deutschen Reichstage demnächst nach Wiederzusammentritt eine Vorlage über den Bau des Nord-Ostsee-Canals zugehen wird, macht sich in der Umgegend von Kiel die Speculation in Erwerb von Grundstücken rege. Ein Berliner Capitalist kaufte bereits vor längerer Zeit mehrere an der Mündung des jetzigen schleswig-holsteinischen Eider-Canals belegene Koppeln, die bislang nicht weitere Verwerthung fanden, als daß ein kleines Sommerhäuschen auf dem Höhepunct erbaut wurde. Neuerdings haben ferner Kieler Geschäftsleute einen nicht unbedeutenden Grundbesitz an der Holtenauer Straße, die den Kiel bis an den Canal führt, erworben. Falls die Durchlegung des Canals mit dem Entpuncte Holtenau zur Verwirklichung gelangt, geht Kiel zweifelsohne einer großen Zukunft entgegen, und man wird mit der Annahme nicht fehl gehen, daß sodann in kurzer Zeit die Ausdehnung der Häuser und Straßen bis an die Mündung erfolgen wird.

* Zum Thema der Ausweisungen aus Preußen wird officiös aus Berlin geschrieben:

In einem Theile der oppositionellen Presse wird an die Mittheilung in dem österreichischen Reichsrathe, wonach den in Preußen stattfindenden Ausweisungen nicht unbeschäftigter Ausländer auf confessionellen und sprachlichen Gründen beruhten, der Vorwurf der Intoleranz gegen die preußische Regierung erhoben. Offenbar ist jedoch übersehen, daß es dabei sich nicht um confessionelle Rücksichten an und für sich handelt, sondern um confessionelle Verhältnisse, welche im engsten Zusammenhange mit den nationalen stehen. Bekanntlich Weise identificirt sich der Katholicismus oder wenigstens der Organismus der katholischen Hierarchie in den sprachlich gemischten Districten, vor Allem in Posen und Westpreußen, vielfach mit dem Polenthume, so daß eine Stärkung des katholischen Elements eine Verstärkung der polnischen Bestrebungen bedeutet. Nicht der Confession an sich, sondern der Confession, welche als Angriff vor die polonisirenden Tendenzen gespannt ist, gilt die Vertheidigungsmaßregel der preußischen Regierung. Der Mißbrauch kirchlicher Autorität zur Förderung polnisch-nationaler Tendenzen ist es, welcher die Regierung zwingt, darüber zu wachen, daß die confessionellen Verhältnisse in den sprachlich gemischten Provinzen sich nicht verschieben.

Wenn ferner von linksliberaler Seite zur Bekämpfung der Regierungsmaßregel auf die Schule, als das kräftigste Mittel zur Förderung der Germanisirung hingewiesen wird, so ist daran zu erinnern, daß gerade an die durch die russisch-polnischen Ueberläufer bewirkte Verschiebung der sprachlichen und confessionellen Verhältnisse von dem Centrum die Forderung der Polonisirung der westpreußischen Schulen geknüpft wurde. Daß die entsprechend umgewandelte Schule das Gegentheil von einer Förderung der Germanisirung bedeuten würde, wird man aber selbst im linksliberalen Lager nicht bestreiten wollen. Gerade um die Volksschule im Stande zu erhalten, der wichtigen Aufgabe, zwar nicht der Germanisirung im engsten Sinne, aber der Assimilirung der polnisch-redenden Bevölkerung an den Staat Preußen gerecht zu werden, war es nothwendig, jener drohenden gewaltsamen Verschiebung der sprachlichen und confessionellen Mischung der Bevölkerung ein Ende zu machen, welche durch die polnischen Einwanderungen hervorgebracht wurde. Ohne Zweifel wird von der Ausweisung Manches hart betreffen; sie faßt aber auf das Gebot der Staatsnothwendigkeit und kann daher wegen einzelner Härten nicht aufgesetzt werden.

* Bei der Theilung der Provinz Preußen in die Provinzen Ost- und Westpreußen konnte in Bezug auf einzelne Provinzialbehörden eine Trennung und Herstellung besonderer Collegien für jede der neuen Provinzen nicht überall und sogleich erfolgen. So besteht bis jetzt noch ein gemeinsames Consistorium der Provinzen Ost- und Westpreußen zu Königsberg. Daraus entstanden mancherlei nicht geringe Unbequemlichkeiten und Unzuträglichkeiten, die eine Abhilfe verlangten. Jetzt hegt man in Regierungskreisen den Plan, für Westpreußen ein eigenes Consistorium mit dem Sitze in Danzig zu errichten.

* Der im September in Colmar abgehaltene Weinbaucongreß hat jetzt ein Nachspiel gehabt, dem man gerade im gegenwärtigen Augenblicke einige Bedeutung für das nunmehrige reichsländische Regierungssystem wird beilegen dürfen. Zwei geborene Colmarer, von denen der eine durch Option das französische Staatsbürgerrecht behalten, der andere das schweizerische Staatsbürgerrecht erworben hat, sind, weil sie bei einem vom Staatssecretair von Hofmann ausgebrachten Trinkspruch auf den Kaiser demonstrativ sitzen geblieben, ausgewiesen worden. Zugleich hat den „katholischen Jünglingsverein" in Colmar, der sich während der mit dem Congreß verbundenen Ausstellungsfestlichkeiten damit belustigte, vor dem Bezirkspräsidium französische Signale zu blasen und „Vive la France!" zu rufen, die Auflösung betroffen. In Colmar und im ganzen Reichslande herrscht über diese Maßregeln unter der altansässigen Bevölkerung peinliche Aufregung; die altdeutschen Elemente indeß begrüßen dieselben wie die Erlösung von schwerem Alp. Aus den letzteren Kreisen waren uns schon früher gerade mit Bezug auf den Colmarer Weinbaucongreß Klagen zu Gehör gekommen, daß man sich französisches Wesen dort wohl habe mehr breit machen lassen, als selbst von der humansten Regierung erwartet werden könne. Wir unsererseits sind im Allgemeinen der Ansicht, daß man ein gewisses Prahlen unreifer Burschen mit französischem Firniß nicht tragisch nehmen solle. So lange es sich in den Grenzen der Harmlosigkeit hält, ist es eben eine Wiederspiegelung der Grundstimmung in gewissen elsaß-lothringischen Kreisen, einer Stimmung, die man nüchtern als Thatsache hinnehmen muß. Ueberall aber, wo es offenbar auf Verletzung der Achtung gegen das bestehende Regiment abgesehen ist, soll man mit unnachsichtiger Strenge eingreifen. Diese Strenge ist es, welche zahlreiche Vertreter des altdeutschen Elements im Reichslande seit Jahren zu vermissen glaubten. Erbitterung hat unter ihnen namentlich die Schonung erregt, welche man den Optanten angedeihen ließ, da dieselben vielfach ihre Stellung als französische Staatsbürger zur Schürung des Unfriedens in ihrer alten Heimath benutzt haben. Jetzt ist mit der Ausweisung in Colmar an einem stark in die Augen springenden Falle ein lehrreiches Exempel statuirt worden. Dasselbe gilt von dem „katholischen Jünglingsverein". Wie so viele ähnliche Vereine im Reichslande, hat sich auch dieser die Pflege französischer Blechmusik und französischen Gesanges zur Aufgabe gemacht. Das Schicksal, welches ihn jetzt ereilt hat, wird allen Schwesergesellschaften zur Warnung dienen können. Mögen sie ihre französischen Weisen auch in Zukunft weiter blasen; aber wenn sie noch einmal Lust verspüren sollten, dieselben zur Verhöhnung des Deutschthums zu verwenden, so wissen sie jetzt, was ihnen bevorsteht. Und überhaupt werden die Elsaßlothringer allesammt wohl thun, aus den Colmarer Vorgängen die rechte Lehre zu ziehen. „Gerecht, aber strenge", scheint der Grundsatz zu sein, aus dem sie hervorgegangen sind. Wenn derselbe